



10. September 2013

Hetze im Wahlkampf? Nein danke!

Oberfrankens Bauernpräsident Greif kritisiert 100-Tage-Programm der Grünen

Bamberg (bbv) – Am Samstag haben die Grünen ihr „100-Tage-Programm“ in Bamberg vorgestellt. Unter dem Kampfbegriff „Massentierhaltung“ wird darin Wahlkampf insbesondere auf dem Rücken der bayerischen Bauernfamilien gemacht, die Tag für Tag verantwortungsvoll mit ihren Tieren umgehen. Zusammen mit anderen Landwirten hat Oberfrankens Bauernpräsident Hermann Greif Flagge gezeigt. Die Botschaft: „Wir Landwirte sind modern, ehrlich und nachhaltig! Und ihr?“ Greif kritisierte, dass die politische Diskussion rund um die Landwirtschaft gerade in Wahlkampfzeiten oft unsachlich geführt werde. „Die Landwirtschaft ist eine wichtige und innovative Zukunftsbranche. Doch ein Blick in das 100-Tage-Programm macht deutlich: Die Grünen wollen verhindern, dass Perspektiven und vernünftige Rahmenbedingungen für unsere Arbeit geschaffen werden können. Auch bei der Agrarministerkonferenz in Würzburg mussten wir miterleben, wie die politische Einigung dem Wahlkampf und dem Stimmenfang geopfert wurde.“

Greif kritisierte auch die Wahlkampfkampagne der Grünen: „Klar, die Botschaften müssen plakativ sein. Das ist aber kein Freifahrtschein, um ohne Rücksicht auf Verluste und jede Grundlage Stimmung gegen Bauern zu machen“, sagte Greif. Doch genau das tun die Grünen unter den Slogans ‚Schnauze voll von Antibiotika‘ und ‚Drogenhandel im Stall‘. Greif stellte klar: „Antibiotikaresistente Keime müssen eingedämmt werden, damit Menschen und Tiere auch künftig behandelt werden können. Doch es ist absolut verantwortungslos, dieses komplexe Thema für den Stimmenfang zu missbrauchen.“ Auch einen staatlich verordneten Veggie-Day lehnt Greif ab: „Ich will und kann selbst entscheiden, was ich essen möchte. Auf meinem Teller entscheide immer noch ich – und nicht die Grünen!“

Durch ihre moderne und nachhaltige Arbeit versorgen bayerische Bauern die Bevölkerung mit einer breiten Palette an hochwertigen Lebensmitteln, mit erneuerbarer Energie und nachwachsenden Rohstoffen. Die Betriebsprämien sind dabei ein Teil des Ausgleichs für öffentliche Leistungen. Deshalb steht für Greif fest: „Um die Vielfalt in der Landwirtschaft zu erhalten, darf es hier keine weiteren Kürzungen geben!“ Obwohl ab 2014 Kürzungen von etwa zehn Prozent zu verkraften sind, wollen die grünen Agrarminister in Deutschland weitere 15 Prozent kürzen und in die zweite Säule umschichten. „Dass diese Forderung gerade aus dieser Richtung kommt, ist mir völlig unverständlich. Erst gibt man vor gerade kleine, bäuerliche Betriebe zu unterstützen und dann sollen einer bayerischen Bauernfamilie im Schnitt nochmal 1500 Euro pro Jahr genommen werden“, kritisierte Greif. „Das ist gerade für diese Betriebe nicht zu verkraften.“ Der Bayerische Bauernverband schlägt in einer Erklärung mit Landschaftspflegeverbänden, Gemeindetag und Landkreistag eine bessere Lösung vor: Durch eine Aufstockung der Gemeinschaftsaufgabe für Agrarstruktur und Küstenschutz (GAK) um 200 Mio. Euro pro Jahr wäre in Deutschland genügend Geld für die zweite Säule verfügbar.